

„Da Sie uns mit Schreiben vom ... mitgeteilt haben, dass Ihre Mitglieder unserem Aufhebungsvertrag nicht zustimmen werden, weisen wir Sie nunmehr darauf hin, dass wir zum 31. Oktober 2008 die Heizung in dem oben genannten Objekt abstellen werden und 14 Tage später das Wasser abgestellt wird.“ Mit dieser Ankündigung versuchte die ehemals gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft BauBeCon Wohnen GmbH im Oktober die letzten verbliebenen Mieter im Philippsring in

BauBeCon: Mieterbund erzielt Erfolg

Heizung und Wasser werden nicht abgestellt

„Selbstverständlich werden wir die Wärme- und Wasserversorgung am Philippsring bis zum Abschluss dieses Prozesses gewährleisten.“ Mit diesen Worten reagierte die ehemals gewerkschaftseigene Immobiliengesellschaft BauBeCon, die heute zum Pirellikoncern gehört, binnen zwei Tagen auf die Androhung gerichtlicher Schritte durch den Mieterbund Wiesbaden. „Damit ist erst einmal das Schlimmste abgewendet“, erklärte Mieterbund-Geschäftsführer Jost Hemming. Die Mieter mussten somit nicht mehr befürchten, nach dem 31. Oktober 2008 in einer kalten Wohnung ohne Wasserversorgung zu sitzen.

Gleichwohl wird auf Seiten der Mieterorganisation die Sanierungsbedürftigkeit der Häuser am Philippsring anerkannt. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Mieter rechtlos werden. Wenn die BauBeCon eine Räumung der Wohnungen wünscht, muss sie ein akzeptables Angebot für die Mieter auf den Tisch legen. Bis Redaktionsschluss dieser Mieterzeitung gab es ein solches Angebot aber nicht.

Heuschreckenplage

Philippsring in Mainz-Kastel



Mainz-Kastel aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

„Wir sind ja von den Heuschrecken am Wohnungsmarkt einiges gewohnt – das Ausreizen von Mieterhöhungen bis zur absoluten Obergrenze, die Unterlassung von Instandhaltungsmaßnahmen oder Reparaturen – aber das hier schlägt dem Fass doch den Boden aus“, empörte sich Mieterbund-Geschäftsführer Jost Hemming. Hintergrund der Ankündigung der BauBeCon war ein Schreiben der Gesellschaft vom März dieses Jahres, in dem den Mietern angekündigt wurde, dass die vorhandenen Wohnungen aufgrund des „baulichen Zustandes einer baulichen Prüfung und gegebenenfalls einer anschließenden Modernisierung oder Sanierung zu unterziehen“ sind. Dazu sei es notwendig, dass bis spätestens zum 30. Juni 2008 das Gebäude und alle darin befindlichen Wohnungen leergeräumt sind. Zu diesem Zweck sollten die Mieter einem Mietaufhebungsvertrag zustimmen. Die meisten Mieter sind auch inzwischen ausgezogen. Aber ein kleiner Rest bleibt standhaft. Und diesem wurde nun das Ausschalten der Heizung und die Kappung der Wasserzufuhr angedroht.

„Derartige Vorgehensweisen waren wir in der zweiten Hälfte der 70er Jahre allenfalls von den rüdesten Wohnungsspekulanten in Wiesbaden gewohnt“, erklärte Hemming weiter. Der Mieterbund Wiesbaden schrieb die BauBeCon an und forderte sie

auf, kurzfristig zu erklären, dass sie auch weiterhin die Beheizung der Wohnung und die Wasserzufuhr gewährleistet, andernfalls werde man dies mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung per Gericht erzwingen. Derartige Wildwestmethoden würden nicht hingenommen.

Die BauBeCon gehörte ursprünglich über die gewerkschaftseigene Holding BGAG dem DGB und wurde Ende 2005 zunächst an den Finanzinvestor Cerberus verkauft. Dem Wohnungsunternehmen gehörten ursprünglich 23 000 Wohnungen in ganz Deutschland. Nur eineinhalb Jahre später verkaufte Cerberus die BauBeCon für 1,7 Milliarden Euro weiter. Käufer der BauBeCon waren zu 60 Prozent der Immobilienfond Rreef und zu 40 Prozent die Pirelli Real Estate. Pirelli Real Estate ist die Immobiliertochter des italienischen Reifenkonzerns Pirelli. Die börsennotierte Aktiengesellschaft zählt zu den führenden Immobilienunternehmen Italiens. ■

NACHRUf

Anfang November verstarb vollkommen unerwartet der langjährige ehemalige 2. Vorsitzende des Mieterbundes Wiesbaden,

Gerd Panek

Gerd Panek war über viele Jahrzehnte in ehrenamtlicher Funktion der Mieterbewegung eng verbunden. Bereits 1956 trat er dem Mieterbund Wiesbaden als Mitglied bei. Im Jahr 1960 wurde er in den Beirat des Vereins gewählt. Von 1961 bis 1991 bekleidete er als Vorstandsmitglied das Amt des 2. Vorsitzenden. In dieser Zeit nahm der Verein eine starke Aufwärtsentwicklung, die nicht zuletzt auf das ständige Wirken und Werben von Gerd Panek zurückzuführen war.

Aufgrund seines Engagements wurde Gerd Panek auf dem Hessischen Mietertag 1962 als Beisitzer in den Vorstand des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Hessen gewählt. Diesem Gremium gehörte er bis 1990 an, um dann Jüngeren

Platz zu machen. Nach seinem Ausscheiden aus seinen Funktionen bei der Mieterbewegung wählte ihn die Mitgliederversammlung des Mieterbundes Wiesbaden 1991 zum Ehrenvorstandsmitglied.

Mit seinem Tode verliert die Mieterbewegung in Wiesbaden einen ihrer engagiertesten Streiter für die Rechte der Mieter. Der Mieterbund Wiesbaden wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Helmut Domann, 1. Vorsitzender
Jost Hemming, Geschäftsführer



Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (MdB)

Die Lokalredaktion der MieterZeitung beim Mieterbund Wiesbaden sprach mit Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (MdB) über ihre Mitgliedschaft im Mieterbund.

MZ: Frau Wieczorek-Zeul, Sie sind Millionen Bürgern als SPD-Politikerin, insbesondere

Prominente im DMB

als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit bekannt. Jeder würde erwarten, dass Sie im eigenen Häuschen oder in einer Eigentumswohnung wohnen. Sind Sie aus Überzeugung Mieterin geblieben oder hat es sich einfach nur nicht anders ergeben?

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Gerade durch meine vielseitigen politischen Aufgaben verreise ich oft und genieße es daher sehr, wenn ich in Wiesbaden nach Hause komme. Ich habe hier eine Wohnung gefunden, in der ich mich seit vielen Jahren sehr wohl fühle: Sowohl die Wohngegend als auch die wundervollen Nachbarn sind für mich zu festen Bestandteilen meiner Heimat geworden. Bisher habe ich also keinen Anlass gesehen, meine Mietsituation zu verändern. Tatsächlich kann

man daher sagen, dass ich als Mieterin eine „Überzeugungstäterin“ bin.

MZ: Was war der Anlass, dass Sie vor nun mehr als 20 Jahren Mitglied im Mieterbund Wiesbaden geworden sind?

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Der Mieterbund ist in Wiesbaden eine wichtige Institution zur Vertretung der Mieterinnen und Mieter und ihrer Rechte. Ich habe damals für einen Beitritt keinen speziellen Anlass gebraucht, sondern bin und war schon immer entschlossen, den Mieterbund in seinem Engagement zu unterstützen.

MZ: Hat man Ihnen bei der Lösung Ihrer Mietprobleme helfen können?

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Glücklicherweise habe ich als Mieterin selbst noch keine großen Probleme gehabt und kann

te somit auch die Dienste des Mieterbundes bisher nur zu meiner Information oder als Unterstützerin bei konkreten Mietkonflikten nutzen. Dabei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mieterbundes immer zuverlässige und hilfreiche Ansprechpartner gewesen. Und ich habe auch die Erfahrungen und Vorschläge des Mieterbundes immer in die Beratungen unserer SPD- und Regierungspolitik eingebracht.

MZ: Würden Sie den Mieterbund weiterempfehlen?

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Auf jeden Fall! Es ist grundsätzlich für alle Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass sie sich ausreichend über einzelne Probleme oder Diskussionen, zum Beispiel in Fragen des Mietrechts, informieren können. Dazu ist der Mieterbund für die Mieterinnen und Mieter in Wiesbaden eine sehr hilfreiche Einrichtung. Wenn es ihn nicht gäbe, müsste man ihn erfinden. ■

Wohngeld und Heizkosten

Mit der soeben beschlossenen Wohngeldreform wird nicht nur eine längst überfällige Erhöhung der Mietzuschüsse, sondern erstmals auch ein Heizkostenausgleich eingeführt. Wie der Vorsitzende des Mieterbundes Wiesbaden, Helmut Domann, gegenüber der Presse hervorhob, ist damit eine Forderung des Deutschen Mieterbundes umgesetzt worden, angesichts drastisch steigender Energiepreise im Kalenderjahr 2008 auch die regelmäßige Zahlung eines Heizkostenzuschusses ebenso vorzusehen wie das Vorziehen der Wohngeldreform auf den 1. Oktober 2008.

Nach Angaben des Bundesbauministers Wolfgang Tiefensee sollen Wohngeldempfänger im Frühjahr 2009 einen Heizkostenausgleich, eine Sonderzahlung oder einen Zuschlag erhalten. Da hierfür 130 Millionen Euro vorgesehen sind, geht der Deutsche Mieterbund von einer



Helmut Domann, 1. Vorsitzender

Einmalzahlung für Heizung in Höhe von 150 bis 200 Euro für jeden Wohngeldbezieher aus. Zusätzlich werde die Erhöhung des durchschnittlichen Wohngeldes von zurzeit 90 auf 140 Euro monatlich um drei Monate auf den 1. Oktober 2008 vorgezogen.

Insoweit sei, so Domann, ein er-

freulich rundes Wohngeldpaket geschnürt worden, welches gerade die einkommensschwachen Haushalte angesichts zu erwartender, deutlich höherer Heizkosten entlaste. Domann betonte jedoch gleichzeitig, dass damit Mieter und Vermieter von ihren gemeinsamen Bemühungen nicht befreit seien, für eine energetische Aufrüstung durch den Einbau energie-sparender Fenster, Dämmung der Außenwände, Abdichtung von Kellerdecken und Fußbö-

den und effektivere Heizungen zu sorgen. Die Zahlung einer einmaligen Heizkostenpauschale und danach die regelmäßige Einbeziehung der Heizkosten in das Wohngeld sei für die unteren Einkommensgruppen sicher der richtige Weg, notwendig sei es aber für alle, dabei die Einsparung von Heizkosten nicht aus den Augen zu verlieren. Immerhin gebe das jetzt in Kraft getretene Gesetz einem größer werdenden Bevölkerungskreis die Möglichkeit, Wohngeldanträge beim Wohnungsamt der Stadt Wiesbaden zu stellen, wozu der Mieterbund ausdrücklich aufruft. ■

Weihnachtsgrüße

Der Mieterbund Wiesbaden wünscht allen Mitgliederu ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein frohes Weihnachtsfest sowie Gesundheit, Glück und Erfolg für das Jahr 2009!

Mieterbund Wiesbaden, Adelheidstraße 70, 65185 Wiesbaden, Tel. 06 11/71 65 47-0.
Verantwortlich für die Seiten 16–17: Jost Hemming